

Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Inhaltsverzeichnis

§§ 1-3 Allgemeines	3
§ 1 Sitzungen	3
§ 2 Außerordentliche Sitzungen	3
§ 3 Öffentlichkeit, Redeberechtigung	4
§ 4 Zusammensetzung und Aufgaben des Präsidiums	4
§§ 5-14 Sitzungsablauf	5
§ 5 Sitzungsleitung	5
§ 6 Beschlussfähigkeit	5
§ 7 Tagesordnung	5
§ 8 Worterteilung	5
§ 9 Direkte Erwiderung	6
§ 10 Geschäftsordnungsanträge	6
§ 11 Anträge, Dringlichkeitsanträge, Änderungsanträge, Initiativanträge	6
§ 12 Beschlüsse und Wahlen	7
§ 13 Lesungen	8
§ 14 Ordnungsrufe	8
§§ 15-17 Ausschüsse und Ausschussarbeit	8
§ 15 Ausschüsse	8

§ 16 Ausschussvorsitz	9
§ 17 Ausschusssitzungen	9
§§ 18-19 Dokumentation der Sitzungen und Öffentlichkeitsarbeit	9
§ 18 Protokoll	9
§ 19 Newsletter	10
§§ 20-21 Sonstige Bestimmungen	11
§ 20 Änderung der Geschäftsordnung	11
§ 21 Vertraulichkeit	11
§ 22 Inkrafttreten	11

§§ 1-3 Allgemeines

§ 1 Sitzungen

(1) Ordentliche Sitzungen des Parlaments finden in der Regel montagabends statt, sie sollen nur an Vorlesungstagen stattfinden. Sie werden in der Vorlesungszeit mindestens einmal monatlich abgehalten.

(2) Die Einladungen zu den ordentlichen Sitzungen sind unter Angabe von Ort, Termin und Tagesordnungsvorschlag spätestens am 7. Tag vor dem Sitzungstage bis 12 Uhr via Mail an die Mitglieder des Parlamentes, des Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA-Vorstand) und der Mitglieder der Ausschüsse des Studierendenparlaments abzusenden. Von den Listen nachgerückte Mitglieder des Parlaments, sowie Referent*innen des AStAs und die Vorsitzenden der Fachschaftsvertretungskonferenz (FVK) können auf Antrag an das Präsidium und soweit eine Verschwiegenheitserklärung vorliegt ebenfalls in den Mailverteiler aufgenommen werden. Die Einladung wird auf der Webseite des Studierendenparlaments veröffentlicht.

(3) Anträge (außer Finanzanträge), Anträge zur Änderung von Satzungen und Ordnungen sowie Haushaltsplanvorschläge sollen in der Regel und sofern sie keine vertraulichen Inhalte enthalten mit der Einladung versandt und auf der Webseite des Studierendenparlamentes veröffentlicht werden. Sofern Unterlagen zu den Anträgen dem Präsidium beim Versenden der Einladung noch nicht vorliegen, sind diese unverzüglich, spätestens jedoch am dritten Tag vor dem Sitzungstag bis 9 Uhr, nachzureichen. Vertrauliche Anträge werden nicht mit der Einladung versandt und nicht auf der Webseite veröffentlicht.

(4) Die Mitglieder des Parlaments werden durch das Präsidium in eine OLAT-Gruppe eingeladen. Die OLAT-Gruppe dient dem Austausch der Mitglieder des Parlamentes und dem Zugang zu Sitzungsunterlagen. Die Einladung mit dem Tagesordnungsvorschlag, Anträge (außer Finanzanträge), Anträge zur Änderung von Satzungen und Ordnungen, das Protokoll des Haushaltsausschusses, Haushaltsplanvorschläge sowie alle weiteren Sitzungsunterlagen werden mit Versand der Einladung in der OLAT-Gruppe zur Verfügung gestellt. Von den Listen nachgerückte Mitglieder des Parlamentes und Vertreter*innen der Mitglieder des Parlamentes sowie Mitglieder der studentischen Ausschüsse können auf Antrag an das Präsidium und soweit eine Verschwiegenheitserklärung vorliegt ebenfalls in die OLAT-Gruppe aufgenommen werden. Sämtliche Kommunikation, die über die OLAT-Gruppe erfolgt, ist vertraulich zu behandeln.

§ 2 Außerordentliche Sitzungen

(1) Außerordentliche Sitzungen des Parlaments finden statt:

- a) aufgrund selbstständiger Einladung durch den*die Präsident*in oder Mehrheitsbeschluss des Präsidiums,
- b) auf Verlangen des Allgemeinen Studierendenausschusses,
- c) auf Verlangen von mindestens vier Mitgliedern des Parlaments.

(2) Die Einladungen zu den außerordentlichen Sitzungen des Parlaments sind unter Angabe von Ort, Termin und Tagesordnungsvorschlag spätestens am dritten Tag vor dem Sitzungstag bis 9 Uhr an die Mailadressen der nach § 1 (2) Berechtigten abzusenden und auf der Webseite des Studierendenparlaments zu veröffentlichen.

(3) § 1 (3) und (4) gelten für außerordentliche Sitzungen entsprechend.

§ 3 Öffentlichkeit, Redeberechtigung

(1) Die Sitzungen des Parlaments sind mit Ausnahme von Tagesordnungspunkten, die Personal und Personaldebatten behandeln, grundsätzlich öffentlich. Das Parlament kann die Öffentlichkeit in Ausnahmefällen gemäß §10 k) für einzelne Tagesordnungspunkte vorübergehend ausschließen.

(2) Bei Sitzungen des Parlaments sind alle Anwesenden redeberechtigt.

§ 4 Zusammensetzung und Aufgaben des Präsidiums

(1) Das Präsidium regelt die Arbeit des Studierendenparlaments. Es ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzungen des Studierendenparlaments verantwortlich.

(2) Das Präsidium besteht aus einem*einer Präsident*in und zwei Vizepräsident*innen.

(3) Die Mitglieder des Präsidiums werden auf der konstituierenden Sitzung des Parlaments aus seiner Mitte mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Parlamentes gewählt. Kommt diese Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.

(4) Mitglieder des Präsidiums können kein anderes Amt in einem Organ der verfassten Studierendenschaft bekleiden; dies gilt nicht für Ämter in den Fachschaften.

(5) Mitglieder des Präsidiums können mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Parlamentes abgewählt werden.

(5) Das Präsidium ist für die Sitzungsorganisation und -leitung, für die Kommunikation mit den Studierenden und den verschiedenen Organen und Verwaltungsabteilungen der Studierendenschaft und der Universität, die Öffentlichkeitsarbeit des Parlamentes und die Veröffentlichung des StuPa-Newsletter sowie für die Erstellung und Archivierung der Sitzungsprotokolle verantwortlich.

(6) Wenn ein Mitglied des Präsidiums zur Sache spricht, muss ein anderes Mitglied des Präsidiums in dieser Zeit die Sitzungsleitung übernehmen.

(7) Die Mitglieder des Präsidiums erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe im Personalplan der Studierendenschaft festgesetzt ist.

§§ 5-14 Sitzungsablauf

§ 5 Sitzungsleitung

- (1) Ein Mitglied des Präsidiums leitet die Sitzungen des Parlaments. Es ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzungen des Parlaments nach Maßgabe dieser Geschäftsordnung verantwortlich.
- (2) Die Geschäftsordnung ist von der Sitzungsleitung im Sinne der Gewährleistung einer flüssigen und sachbezogenen Verhandlung auszulegen.
- (3) Die Sitzungsleitung kann die Redezeit beschränken. Diesen Beschluss kann das Parlament durch einen Geschäftsordnungsantrag nach § 10 h) aufheben.

§ 6 Beschlussfähigkeit

- (1) Das Parlament ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte anwesend ist.
- (2) Das Präsidium stellt zu Beginn der Sitzung die Beschlussfähigkeit gemäß (1) fest.
- (3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und wird das Parlament zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist es abweichend von (1) beschlussfähig, wenn darauf in dieser Einladung hingewiesen worden ist und mindestens drei der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 7 Tagesordnung

- (1) Das Präsidium stellt nach Rücksprache mit dem AStA-Vorstand einen Tagesordnungsvorschlag zusammen.
- (2) Bestandteil jeder ordentlichen Sitzung des Parlaments sollen zumindest die Tagesordnungspunkte "Formalia", „Berichte“, "Sach- und Finanzanträge" sowie "Verschiedenes" sein.
- (3) Wünscht ein Mitglied des Parlaments die Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung oder deren Änderung, so ist dies dem Präsidium schriftlich oder per Email mitzuteilen oder zu Beginn der Sitzung zu beantragen.
- (4) Das Parlament beschließt die endgültige Tagesordnung. Hierbei ist darauf zu achten, dass Tagesordnungspunkte, zu denen Gäste anwesend sind, möglichst zu Beginn der Sitzung behandelt werden.

§ 8 Worterteilung

- (1) Die Reihenfolge der Wortmeldungen ergibt sich aus einer weich FLINT*-quotierten Redeliste¹, dabei haben Erstredner*innen Vorrang. Das Wort erteilt die Sitzungsleitung.
- (2) Eine Person darf nur einmal zurzeit auf der Redeliste stehen.

¹ Bei der weichen Quote wird mindestens jeder zweite Redebeitrag von einer FLINT*-Person (Frauen, Lesben, Inter, Nicht binär, Trans) gehalten. Es gibt zwei Redelisten: Eine für FLINT*-Personen und eine für Männer. Wenn eine der Redelisten abgearbeitet ist, kann die Debatte dennoch weitergeführt werden.

§ 9 Direkte Erwiderung

(1) Wird eine Person mit Namen oder Funktion in einem Redebeitrag direkt angesprochen, so kann diese Person eine kurz gefasste Gegenrede oder Antwort erwidern, welche die Ausführungen der*des Vorredner*in direkt betreffen.

(2) Zur direkten Erwiderung wird das Wort sofort nach dem Redebeitrag durch die Sitzungsleitung erteilt. Eine direkte Erwiderung darf nicht erneut erwidert werden.

§ 10 Geschäftsordnungsanträge

Zur Geschäftsordnung können durch Zuruf oder Handzeichen (Heben von beiden Händen) von allen anwesenden Studierenden folgende Anträge gestellt werden:

- a) auf Unterbrechung der Sitzung,
- b) auf Schluss der Sitzung,
- c) auf Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
- d) auf Wiedereintritt in einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt,
- e) auf Überweisung an einen Ausschuss,
- f) auf Nichtbefassung,
- g) auf Schluss der Redeliste oder der Debatte,
- h) auf Einführen, Aufheben oder Änderung einer Redezeitbeschränkung,
- i) auf Beschränkung der Redeberechtigung auf die Mitglieder des Parlamentes,
- j) auf Ausschluss der Öffentlichkeit,
- k) auf Personaldebatte unter Ausschluss der*des Betroffenen und
- l) auf Aufhebung einer Ermessensentscheidung des Präsidiums.

Geschäftsordnungsanträge von Mitgliedern des Parlaments sind stets vorrangig zu behandeln. Die Geschäftsordnungsanträge g), i), j), und k) und können durch einen erneuten Geschäftsordnungsantrag wieder aufgehoben werden. Der Geschäftsordnungsantrag d) kann nur einstimmig getroffen werden. Beim Geschäftsordnungsantrag j) ist beim Ausschluss der Öffentlichkeit eine Abstimmung in jedem Fall erforderlich. Wird ein Geschäftsordnungsantrag vom Parlament nicht angenommen, sind weitere, inhaltlich gleichbedeutende Anträge unter diesem Tagesordnungspunkt in der Regel, mindestens jedoch bis nach dem nächsten Redebeitrag, nicht zulässig und können vom Präsidium abgelehnt werden.

§ 11 Anträge, Dringlichkeitsanträge, Änderungsanträge, Initiativanträge

(1) Anträge dürfen von allen Studierenden der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gestellt werden. Diese müssen dem Präsidium spätestens am 9. Tag vor dem Sitzungstermin zugehen.

(2) Finanzanträge sind in der Regel an den Haushaltsausschuss zu stellen.

(3) Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand bei Behandlung auf einer späteren Sitzung gefährdet ist. Das Versäumen der Antragsfrist darf von der*dem Antragssteller*in nicht zu vertreten sein. Dringlichkeitsanträge müssen bis Sitzungsbeginn beim Präsidium

eingehen und werden nur mit Zustimmung des Parlamentes in die Tagesordnung aufgenommen.

(4) Während einer laufenden Sitzung können nur noch Initiativanträge eingebracht werden. Sofern ein Initiativanträge von mindestens einem Drittel der anwesenden Stimmberechtigten namentlich unterstützt wird, kann das Parlament mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten über die Aufnahme in die Tagesordnung beschließen.

(5) Dringlichkeits- und Initiativanträge auf Abänderung von Satzungen und Ordnungen sind nicht zulässig.

(6) Alle Anträge sind vom Präsidium nach ihrem Eingang mit einer laufenden Nummer zu versehen und unter dieser in Einladung, Tagesordnung und Protokoll zu führen. Finanzanträge werden unabhängig von anderen Anträgen nummeriert.

(7) Änderungsanträge über die vorliegenden Anträge sind bis zur Abstimmung über den betreffenden Antrag zulässig.

§ 12 Beschlüsse und Wahlen

(1) Beschlüsse und Wahlen richten sich nach den Regelungen der Organisationssatzung, der anderen Satzungen der Studierendenschaft und dem Hochschulgesetz, insbesondere nach § 15 und § 17; soweit keine anderweitige Regelung besteht, richten sich Wahlen nach den folgenden Absätzen.

(2) Bei Wahlen für ein Amt oder mehrere gleichartige Ämter kann jedes Mitglied des Studierendenparlaments entweder für bis zu so viele Kandidat*innen stimmen, wie es Ämter zu besetzen gilt, oder insgesamt mit Nein stimmen oder sich enthalten.

(3) Im ersten Wahlgang sind diejenigen Kandidat*innen gewählt, auf die die Stimmen der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Studierendenparlaments entfallen. Werden hierdurch nicht alle Ämter besetzt, erfolgt für die verbliebenen Ämter ein zweiter Wahlgang unter gleichen Voraussetzungen. Werden auch hierdurch nicht alle Ämter besetzt, erfolgt für die verbliebenen Ämter ein dritter Wahlgang, in dem in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen so viele Kandidat*innen gewählt sind, wie es noch Ämter zu besetzen gilt; jedenfalls nicht gewählt sind dabei Kandidat*innen, auf die nicht mehr Stimmen entfallen, als es Nein-Stimmen gibt.

(4) Entfallen im dritten Wahlgang auf mehrere Kandidat*innen gleich viele Stimmen und sind die betreffenden Kandidat*innen nicht ohnehin gewählt oder nicht gewählt, so erfolgt zwischen ihnen eine Stichwahl. Auf die Stichwahl findet das Verfahren für den dritten Wahlgang mit der Maßgabe Anwendung, dass Nein-Stimmen unstatthaft sind. Führt die Stichwahl zu erneuter Stimmgleichheit, entscheidet das vom Präsidium zu ziehende Los.

(5) Konnten auch im dritten Wahlgang und einer etwaigen Stichwahl nicht alle Ämter besetzt werden, so sind die verbliebenen Kandidat*innen endgültig nicht gewählt. In diesem Fall soll auf der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments eine erneute Wahl erfolgen.

Das Präsidium kann von einer erneuten Wahl absehen, wenn keine neuen Bewerbungen erfolgen.

(6) Kandidaturen sind bis zur Eröffnung des ersten Wahlganges möglich.

§ 13 Lesungen

(1) Satzungs- und Ordnungsänderungen sowie die Verabschiedung des Haushaltsplans sind grundsätzlich in zwei Lesungen zu beraten. Über sonstige Vorlagen und Anträge wird nach einmaliger Beratung beschlossen. Nachtragshaushaltspläne können bereits nach einmaliger Beratung beschlossen werden, wenn dem kein Mitglied des Parlaments widerspricht.

(2) Die erste Lesung besteht aus der Grundsatzdebatte. Wird in ihr kein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, Verweisung an einen Ausschuss oder Nichtbefassung angenommen oder ist die zweite Lesung nicht von vornherein für eine weitere Sitzung geplant, so tritt das Parlament in die zweite Lesung ein.

(3) Die zweite Lesung besteht aus Einzelberatung und Einzelabstimmung. Änderungsanträge werden sofort oder in sinnvollen Abschnitten beraten und beschlossen; die jeweils sachlich oder finanziell weitergehenden Anträge sind bei der Abstimmung vorzuziehen.

(4) Bis zur Schlussabstimmung kann das Parlament eine dritte Lesung beschließen.

(5) Am Ende der letzten Lesung wird über den Antrag abgestimmt.

§ 14 Ordnungsrufe

(1) Die Sitzungsleitung kann Anwesende zur Ordnung oder zur Sache rufen. Hiergegen kann nur unverzüglich Einspruch eingelegt werden, der vom Parlament ohne Beratung entschieden wird.

(2) Ist eine Person zweimal in derselben Sache zur Ordnung oder zur Sache gerufen worden und nach dem zweiten Male auf die Folgen einer weiteren Zurechtweisung hingewiesen worden, so kann ihr*ihm die Sitzungsleitung im erneuten Fall bis zur Erledigung der Sache das Wort entziehen oder sie*ihn der Sitzung verweisen.

§§ 15-17 Ausschüsse und Ausschussarbeit

§ 15 Ausschüsse

(1) Das Studierendenparlament kann beratende Ausschüsse einsetzen, die ihm gegenüber für ihre Tätigkeit verantwortlich sind. Ein Mitglied jedes Ausschusses muss auch Mitglied des Studierendenparlaments sein. Ein Ausschuss darf sich nicht nur aus Mitgliedern einer Liste zusammensetzen. Auf eine paritätische Besetzung soll geachtet werden.

(2) Ständige Ausschüsse sind:

- a) der Haushaltsausschuss mit 5 Mitgliedern,
- b) der Rechtsausschuss mit 3 Mitgliedern,
- c) der Hochschulausschuss mit 5 Mitgliedern,

d) die Härtefallkommission mit 3 bis 5 Mitgliedern.

Das Parlament kann darüber hinaus jederzeit weitere Ausschüsse für die laufende Amtszeit einrichten. Dabei legt es die Anzahl der Ausschussmitglieder fest.

(3) Mitglieder der Ausschüsse können auf Beschluss des Studierendenparlamentes mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Studierendenparlaments aus dem Ausschuss oder der Kommission abgewählt werden.

(4) Sollte eine Besetzung der Ausschüsse und Kommissionen nach (1) und (2) mangels Bewerbungen nicht möglich sein, kann das Studierendenparlament auf Beschluss entsprechende Vorgaben zur Besetzung aussetzen.

(5) Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung finden auf die Ausschüsse entsprechend Anwendung, sofern diese nichts anderes beschließen.

(6) Das Präsidium oder das Parlament bestimmt den Zeitpunkt, zu dem der Ausschuss erstmals zusammentritt. Bis zur Wahl einer*eines Ausschussvorsitzenden führt das Präsidium den Vorsitz.

§ 16 Ausschussvorsitz

(1) Der Ausschussvorsitz wird auf der ersten Sitzung des Ausschusses gewählt.

(2) Er beruft den Ausschuss ein und leitet die Sitzungen.

(3) Er berichtet mindestens einmal pro Semester dem Parlament von der Tätigkeit des Ausschusses.

(4) Er kann zur Vertretung seiner Aufgaben gemäß Abs. 2 und 3 eine Vertretung aus den Mitgliedern des Ausschusses bestimmen.

§ 17 Ausschusssitzungen

(1) Die Sitzungen der Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich. Die Sitzungstermine und Sitzungsort werden auf der Webseite des Parlaments bekannt gegeben.

(2) Ein*e Antragssteller*in hat das Recht, den eigenen Antrag im Ausschuss zu verteidigen, auch wenn die Öffentlichkeit gemäß § 10 k) ausgeschlossen wurde.

§§ 18-19 Dokumentation der Sitzungen und Öffentlichkeitsarbeit

§ 18 Protokoll

(1) Die Parlamentssitzungen werden durch die festangestellte Schriftführung, die Ausschusssitzungen durch ein Mitglied des Ausschusses protokolliert.

(2) Das Präsidium, beziehungsweise der Ausschussvorsitz, ist für die Erstellung des Protokolls verantwortlich. Das Präsidium ist für die Archivierung sämtlicher Protokolle zuständig.

(3) Das Protokoll muss enthalten:

- a) den Ort und den Tag der Sitzung,
- b) die Namen der anwesenden Mitglieder,
- c) den Namen der Sitzungsleitung und der Schriftführung,
- d) Mitteilungen, Entscheidungen und sonstige Maßnahmen des Präsidiums,
- e) die behandelten Gegenstände und die gestellten Anträge,
- f) den Wortlaut der gefassten Beschlüsse,
- g) die Abstimmungsergebnisse,
- h) die Ergebnisse von Wahlen und
- i) den Verlauf der Sitzung in groben Zügen.

(4) Wünscht ein*e Sitzungsanwesende*r, dass eine von ihm*ihr abgegebene Erklärung in das Protokoll aufgenommen wird, so hat sie diese Erklärung dem Präsidium oder der Schriftführung spätestens am dritten Tag nach der Sitzung schriftlich oder per Email zu übergeben.

(5) Der Protokollentwurf soll mit der Einladung möglichst zur nächsten Sitzung verschickt werden und kann spätestens sieben Tage vor der Sitzung zur Einsicht beim Präsidium angefordert werden. Das Parlament muss den Entwurf vor der Veröffentlichung genehmigen.

(6) Änderungswünsche des Entwurfs sind dem Präsidium oder der Schriftführung schriftlich vor Sitzungsbeginn mitzuteilen, spätestens jedoch vor Genehmigung des Protokolls zu beantragen. Übernommene Änderungen nach Versand des Protokollentwurfs sind in der Sitzung bekannt zu geben. Bei Einwänden gegen Änderungswünsche entscheidet das Parlament.

(7) Das Protokoll ist von dem*der Präsident*in und dem*der Schriftführer*in zu unterzeichnen.

(8) Das beschlossene Protokoll wird auf der Webseite des Studierendenparlaments der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

§ 19 Newsletter

(1) Die Studierendenschaft wird in Form eines Newsletters über die Parlamentssitzungen informiert. Er dient dazu, die Arbeit des Parlaments transparent zu machen.

(2) Der Newsletter enthält insbesondere:

- a) eine Übersicht über Sitzungstermine,
- b) einen "Good-to-know-Fact",
- c) eine kurze Zusammenfassung geförderter Projekte und inhaltlicher Ergebnisse, insbesondere von inhaltlichen Anträgen, die für die Studierendenschaft relevant sind.

(3) Der Newsletter darf keine personenbezogenen oder sensiblen Daten aus Tagesordnungspunkten, die Personal und Personaldebatten behandeln, enthalten.

(4) Der Newsletter wird im Namen des Präsidiums per E-Mail an alle Studierenden verschickt. Darüber hinaus wird er auf der Webseite des Studierendenparlaments der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es soll mindestens ein Newsletter pro Semester erscheinen.

§§ 20-21 Sonstige Bestimmungen

§ 20 Änderung der Geschäftsordnung

Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen durch Beschluss mit Mehrheit der Mitglieder des Parlaments.

§ 21 Vertraulichkeit

Mitglieder des Parlamentes und der Ausschüsse sind zur Wahrung der Vertraulichkeit und zum Schutz von personenbezogener Daten verpflichtet. Sämtliche Mitglieder des Parlamentes und deren Nachrücker*innen und die Mitglieder der Ausschüsse erklären dies durch Unterzeichnung eine Verschwiegenheitserklärung.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.